



Bild: Metropolico

wand der »Pandemiebekämpfung« wurde bekanntlich die Versammlungsfreiheit und damit die Freiheit der Meinungsäußerung in einem extremen Maße eingeschränkt. Politische Publikumsveranstaltungen in geschlossenen Räumen waren de jure oder de facto in den zwei Jahren des Corona-Regimes kaum durchzuführen. Die Aushöhlung der Meinungsfreiheit im Zeichen der Corona-Maßnahmen endet allerdings nicht beim Verbot oder der Restriktion von Versammlungen. Vielmehr sind insbesondere in den sozialen Medien des Internets Zensur und »Cancel Culture« unter dem wohlwollenden Blick der Regierungen gang und gäbe.

MISSBRAUCH DES WISSENSCHAFTSBEGRIFFS

Wie immer in der Wissenschaft wird auch mit Blick auf Corona eine Vielzahl von Auffassungen vertreten – angefangen bei der Einschätzung der Gefährlichkeit des Virus über die Frage der Wirksamkeit von Maßnahmen oder die Effektivität der neuen Impfstoffe bis hin zur Frage nach dem Sinn von Massimpfungen. Stets gab es renommierte wissenschaftliche Stimmen, die nicht mit der Position der Regierungen und ihrer Berater übereinstimmten. Solche Stimmen legten einen anderen, moderateren und freiheitsfreundlichen

Umgang mit dem Coronavirus nahe. Aber diese Stimmen wurden von den Regierungen ignoriert, diffamiert, verächtlich gemacht. Die Regierungen nahmen unentwegt für sich in Anspruch, im Alleinbesitz der wissenschaftlichen Wahrheit zu sein. Hier kommt die anti-aufklärerische und de facto wissenschaftsfeindliche Haltung der Regierungen wie der ihnen folgenden Mainstream-Medien zum Ausdruck. Stets geht es ihnen darum, eine sachliche Auseinandersetzung und kritische Urteilsbildung der Bürger zu verhindern.

NÄHRBODEN FÜR KORRUPTION

Die Corona-Maßnahmen öffneten zahlreiche Tore für Betrügereien und Korruption. Ins öffentliche Bewusstsein trat dies zuerst im Zusammenhang mit den sogenannten Maskenaffären, bei denen Politiker von CDU und CSU Maskengeschäfte eingefädelt hatten und in den Verdacht der Bestechlichkeit gerieten. Tatsächlich waren einige der Corona-Maßnahmen so angelegt, dass sie von

vornherein Fehlanreize zur unberechtigten Inanspruchnahme von staatlichen Geldleistungen bzw. zu Betrug boten. Hierher gehören etwa das System der Ausgleichszahlungen für Krankenhäuser oder das Regime der Massentestungen, das es jedermann ermöglichte, sogenannte Corona-Testcenter einzurichten. Hierbei war es offenkundig ein Leichtes, niemals durchgeführte Tests abzurechnen. Zahllose staatsanwaltliche Ermittlungsverfahren auch in Thüringen wurden eingeleitet.

DER WEG ZURÜCK ZU EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

Der monatelange Ausnahmezustand, die weitgehende flächendeckende Einschränkung zahlreicher Grundrechte, politische Bevormundung, die Verweigerung einer sachlichen Debatte, Zensur und Diffamierung haben nicht nur die Spaltung unserer Gesellschaft vertieft, die Wirtschaft geschädigt, den Bildungs- und Ausbildungsgang Tausender

Kinder und Jugendlicher gehemmt und negative Auswirkungen auf die Gesundheit zahlloser Menschen gezeitigt. Vielmehr stellen all diese Maßnahmen mit ihren Folgen auch einen Schritt zur Untergrabung der freiheitlichen Demokratie und des Rechtsstaats dar. Eine solche Politik darf sich niemals wiederholen! Es gilt, heute die richtigen Lehren aus dem Maßnahmen-Desaster zu ziehen und entsprechende Entscheidungen zu treffen, damit Freiheit, Grundrechte, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung und Gesellschaft nicht erneut Opfer einer Politik der Angst werden können. Schritte in die richtige Richtung sind:

- Alle Corona-Maßnahmen müssen auf allen Ebenen umfassend auf den Prüfstand und sachlich durch unabhängige Experten aller betroffenen Fachrichtungen evaluiert werden.
- Eine »neue Normalität« nach Maßgabe staatlicher Corona-Anordnungen darf es nicht geben. Alle im Zuge der Coro-

na-Maßnahmen geänderten rechtlichen Regelungen in Bund und Ländern sind zu sichten und grundsätzlich auf den Vor-Corona-Stand zurückzusetzen.

➤ Zweifellos gibt es sinnvolle Impfungen mit bewährten Impfstoffen; einer prinzipiellen Gegnerschaft gegenüber entsprechenden Impfungen ist daher nicht das Wort zu reden. Dessen ungeachtet gilt: Impfen muss freiwillig sein und bleiben! Angesichts der zutage getretenen Übergriffigkeit des Staates muss ein Verbot jeder direkten und indirekten Impfpflicht in die Thüringer Verfassung und in das Grundgesetz aufgenommen werden.

➤ Ein freiheitliches Zusammenleben ist nur auf der Grundlage von Eigenverantwortung möglich. Hieran hat sich jede Gesundheitspolitik zu orientieren, auch angesichts der Verbreitung eines Virus. Ein bevormundender Gesundheitsstaat ist unter keinen Umständen zu befürworten.

Bildmontage unter Verwendung von Elementen von Stefanie Keller / iStock



ZWEI JAHRE CORONA-POLITIK: EINE SCHADENS-BILANZ

LESEN SIE DEN AUSFÜHRLICHEN BERICHT:

Sie können die Broschüre innerhalb Thüringens kostenlos bei info@afd-thl.de bestellen oder als PDF herunterladen:



AfD | FRAKTION THÜRINGEN

info@afd-thl.de | @afd.thl
www.afd-thl.de | @afd-landtags-tv | https://t.me/afd_thl

V.i.S.d.P.: Björn Höcke, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Diese Publikation dient der Information und darf in einem Wahlkampf nicht zur Parteierwerbung eingesetzt werden.

Die Angaben in dieser Broschüre wurden sorgfältig recherchiert. Gerne teilen wir Ihnen die benutzten Referenzen und Quellen mit. Setzen Sie sich hierzu bitte mit uns in Verbindung!



MASKEN, LOCKDOWN, IMPFPFLICHT – UND WAS DANN?



Maskenpflicht

Cover your mouth and nose!

Von März 2020 an haben die Regierungen in Bund und Ländern unser Land zwei Jahre lang mit **beispiellosen Zwangsmaßnahmen** und **Grundrechtseinschränkungen** überzogen. Damit sollte die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 zurückgedrängt werden. **Dieses Ziel wurde nicht erreicht.** Jedoch hat die Corona-Politik der Regierungen **zahllose wirtschaftliche, soziale, kulturelle** und **politische Schäden** verursacht. Heute gilt es, diese Folgen der desaströsen Corona-Politik aufzuklären. Die Bestandsaufnahme ist auch deshalb gefordert, weil zu befürchten ist, dass die Regierungen erneut auf den Ausnahmezustand und Grundrechtseinschränkungen zurückgreifen werden, wenn sie neuerliche Anlässe für eine Politik der Angst finden.

DAS CORONAVIRUS (SARS-COV-2) IST KEIN KILLERVIRUS

Corona ist nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung gefährlich. Der Schutz muss sich daher auf die bedrohten Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Flächendeckende Zwangsmaßnahmen dagegen sind nicht erforderlich, weil Corona vernünftigerweise nicht als allgemeines hohes Gesundheitsrisiko für die gesamte Gesellschaft angesehen werden kann.

OPFER DER CORONA- MASSNAHMEN: KINDER, JUGENDLICHE, FAMILIEN

Kinder und Jugendliche sind durch die COVID-19-Erkrankung kaum gefährdet. Dennoch trafen die Regierungsmaßnahmen gerade die junge Generation und ihre Familien. »Lockdown« mit Kontaktverboten und Isolierung, gesperrte Spielplätze, über Monate hinweg stillgelegter Freizeitsport, wochenlange Schließungen von Schulen und Kindergärten, dann die Pflicht für Schü-

ler, unentwegt Masken zu tragen – trotz des bald eingeführten Regimes ständiger Coronatests. All dies war und ist kinderfeindliche und sinnlose Quälerei

CORONA-MASSNAHMEN: SOZIAL UNGERECHT

Die Corona-Maßnahmen führten gerade im Bereich unterer Löhne zu Einkommensverlusten. Übrigens mussten Eltern im Vergleich zu Kinderlosen häufiger Einbußen verkraften, sodass Familien auch in dieser Hinsicht von der Corona-Politik in besonderer Weise nachteilig getroffen wurden. Sogenannte Corona-Hilfen gab es für zahllose Betroffene nicht. Corona-Regierungspolitik: eine Politik zur Förderung sozialer Schieflagen.

ANGRIFF AUF DIE MITTEL- STÄNDISCHE WIRTSCHAFT

Die Corona-Politik hat große Bereiche der mittelständisch geprägten Wirtschaft Thüringens in eine tiefe Krise gestürzt. »Lockdowns«, Kontaktbeschränkungen oder »2G«, »2G+«- und »3G«-Zugangsbeschränkungen haben insbesondere den Einzelhandel, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die körpernahen Dienstleistungen die Veranstaltungsbranche, aber auch andere Wirtschaftszweige wie das produzierende Gewerbe hart getroffen. Die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen werden lange nachwirken und die Leistungskraft Thüringens auf längere Sicht schwächen.



ORIENTIERUNGSLOSES REGIERUNGSHANDELN

Die Wirksamkeit der flächendeckenden Maßnahmen gegen das Virus konnte nie belegt werden. Tatsächlich deuten zahllose Fakten darauf hin, dass es keinen klaren Zusammenhang zwischen »Härte« oder Umfang der Maßnahmen einerseits und Entwicklung des Corona-Geschehens andererseits gibt. Die Regierungsmaßnahmen waren Resultat der Orientierungslosigkeit, die dadurch entstand, dass man auf eine offene und evidenzorientierte Debatte verzichtete und sich früh auf den »chinesischen Weg« der Repression festgelegt hatte.

DIE IMPFUNGEN GEGEN COVID-19: RISIKOREICHE MOGELPACKUNG

Kaum ein Jahr nach Auftreten des Coronavirus und ohne das üblicherweise acht bis zehn Jahre dauernde Zulassungsverfahren wurden – allerdings nur bedingt – Impfstoffe gegen die Corona-Erkrankung (COVID-19) zugelassen, die auf neuen Technologien beruhen. Von Anfang an propagierten die Regierungen die Massenimpfung mit diesen Stoffen als alleinigen Weg zur Beendigung der Pandemie. Es stellte sich aber rasch heraus, dass die Impfungen unter Umständen vor schweren Krankheitsverläufen, aber weder vor



Ansteckung mit dem Coronavirus noch vor dessen Weiterverbreitung schützen. Dementsprechend entwickeln sich die »Inzidenzen« unabhängig von Impfquoten. Zudem wurde immer offenkundiger, dass die neuen Impfstoffe in großer Zahl allerhand gesundheitsschädliche und auch sehr schwere Nebenwirkungen hervorrufen können.

WAS UNS DROHT: DAS ENDE DER FREIHEITLICHEN DEMOKRATIE

Das Corona-Regime beruhte auf der medial hervorgerufenen Angst vor einem angeblichen »Killervirus«. Die unentwegt inszenierte Angst ermöglichte im März 2020 die Etablierung eines Ausnahmezustandes, den man vor dem Auftauchen des Coronavirus

angesichts verfassungsrechtlich garantierter Grundrechte als kaum realisierbar angesehen hätte. Die Politik der Angst ist geprägt von Ausgrenzungsrhetorik gegenüber Maßnahmenskeptikern und Regierungskritikern, von Diffamierung, Rufmordkampagnen, der Erzeugung eines Meinungsdrucks und dem Aufbau eines Überwachungs- und Kontrollregimes. All dies untergräbt unsere freiheitliche Ordnung.

STAATLICHE BEKÄMPFUNG DER POLITISCHEN OPPOSITION

Von Anfang an zeichnete sich ab, dass die Regierungsmaßnahmen auch als Instrumente zur weitreichenden Einschränkung politischer Opposition wirkten. Unter dem Vor-

MEHR KRANKHEITSTAGE DURCH IMPFNEBENWIRKUNGEN

(in der ersten Hälfte des Jahres 2021)

